

Tabelle 6:  
Bevölkerungsstruktur im Jahr 2050 in %

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	Fall 1	Fall 2	Fall 3	Fall 4	Fall 1	Fall 2	Fall 3	Fall 4
Jugendquote	17,56	17,63	17,66	17,70	18,39	18,18	18,06	17,86
Aktivenquote	57,89	58,09	58,17	58,28	55,70	54,38	53,57	51,87
Altenquote	24,54	24,28	24,17	24,02	25,91	27,44	28,36	30,27
Hochbetagtenquote	8,37	8,20	8,11	7,96	7,53	8,25	8,77	9,93
Altenlastquote	42,39	41,79	41,55	41,21	46,52	50,45	52,94	58,36
<i>Nachrichtlich:</i> Bevölkerung in Mio.	55,36	57,05	58,07	59,84	13,07	11,38	10,36	8,59

Quelle: Berechnungen des IWH.

land fortziehen, wird das ostdeutsche Erwerbsfähigkeitspotenzial verstärkt reduziert.

Ein wichtiger Untersuchungsgegenstand der zukünftigen Forschung sind die ökonomischen Konsequenzen der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung. Dabei sind neben den Problemen über die künftige Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme auch die Auswirkungen auf den

Arbeitsmarkt oder die Humankapital- und Sachkapitalakkumulation zu thematisieren.

Gunter Steinmann ([steinmann@wiwi.uni-halle.de](mailto:steinmann@wiwi.uni-halle.de))  
Sven Tagge ([sta@iwh-halle.de](mailto:sta@iwh-halle.de))

\* Professor Dr. Gunter Steinmann ist Leiter des Lehrstuhls Wachstum und Konjunktur an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

## Preisniveaueffekte der Euro-Bargeldeinführung

Anfang des Jahres ist der reibungslose Ersatz des nationalen Bargeldes durch den Euro als großer Erfolg der Europäischen Wirtschaftspolitik gefeiert worden. Dieses Bild wurde allerdings von Vorwürfen getrübt, die Umstellung sei von den Anbietern in Deutschland auf breiter Front zu Preiserhöhungen genutzt worden. Tatsächlich hat sich die Inflationsrate (gemessen am Anstieg des Lebenshaltungsindex gegenüber dem Vorjahresmonat) von 1,7% im Dezember auf 2,1% im Januar erhöht.<sup>22</sup> Diese Zunahme ist freilich zum Teil auf die Preiserhöhungen für frisches Obst und Gemüse aufgrund des rauen Winters in Südeuropa sowie auf die zu Jahresbeginn wirksam gewordenen Steuererhöhungen zurückzuführen. Nach Bereinigung um

diese Sondereffekte bleibt laut einer Studie des Statistischen Bundesamtes über den Einfluss der Euro-Bargeldeinführung auf die Preisentwicklung nur eine Teuerungsrate von 1,6%. Die Studie zeigt aber auch, dass dort, wo auf attraktive Euro-Preise (wie 99 Cent) umgestellt wurde, die Preise im allgemeinen gestiegen sind. So kommt das Bundesamt auch nur zu dem vorsichtigen Schluss, der Übergang auf Euro-Preise habe den Gesamtindex in Deutschland nicht erheblich beeinflusst.<sup>23</sup> Die Analyse der Preisentwicklung einzelner Warengruppen gibt allerdings Anlass, die Eindrücke der Verbraucher ein wenig ernster zu nehmen.

### Ein Blick in die Preisstatistik

Der Gesamtindex für die Lebenshaltung setzt sich aus zwölf gewichteten Teilindizes zusammen. Um die vom Statistischen Bundesamt angeführten Son-

<sup>22</sup> Die Inflationsrate ist gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gegenüber dem Vorjahresmonat im Euroraum von 2,0% im Dezember auf 2,7% im Januar gestiegen, in Deutschland sogar von 1,5% auf 2,3%. Für Deutschland ist allerdings der Preisindex der Lebenshaltung umfassender als der HVPI und ihm deshalb vorzuziehen.

<sup>23</sup> Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Zum Einfluss der Euro-Bargeldeinführung auf die Preisentwicklung, März 2002, Seite 5.

dereffekte weitgehend auszublenden, können die hauptsächlich betroffenen Warengruppen aus dem Aggregat herausgenommen werden: Das sind witterungsbedingt (1) *Nahrungsmittel, Alkoholfreie Getränke*, aufgrund der vierten Stufe der ökologischen Steuerreform (4) *Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas, andere Brennstoffe* und (5) *Verkehr* sowie wegen der Erhöhung der Tabaksteuer (2) *Alkoholische Getränke, Tabakwaren*. Für eine genauere Analyse der Preisdynamik zur Jahreswende zeigt die folgende Tabelle nicht nur den üblichen Vergleich zum Vorjahresmonat, sondern auch den Vergleich der saisonbereinigten Indizes zum Vormonat. Die monatliche Zunahme des saisonbereinigten Gesamtindex beträgt im Januar 0,7%, gegenüber 0,1% im Dezember. Aber auch der von den preiserhöhenden Sondereffekten befreite „Restindex“, dessen Anteil am Gesamtindex noch gut 41% beträgt, hat sich im Januar um 0,4% erhöht. Auf's Jahr hochgerechnet ergäbe dieser Anstieg gegenüber dem Vormonatswert eine Inflationsrate von immerhin 4,9%.

#### **Menükosten: ein Erklärungsansatz**

Offensichtlich wurde der Währungswechsel zumindest im Schnitt der betrachteten Warengruppen dazu genutzt, die Preise leicht anzuheben. Aus ökonomischer Sicht ist diese Tatsache nicht so selbstverständlich, wie sie auf den ersten Blick scheint. Schließlich darf man davon ausgehen, dass die Preise schon vor der Umstellung in der Regel aus einem Gewinnmaximierungskalkül der Anbieter hervorgegangen sind. Warum sollte der einzelne Anbieter seine Preise im Schnitt zu niedrig gesetzt haben? Hätten sich nach dem 1. Januar deflationäre Tendenzen gezeigt, wäre von der Öffentlichkeit selbstverständlich unterstellt worden, der typische Einzelhändler hätte den Währungswechsel genutzt, um sich in konjunkturell schwieriger Zeit durch Preissenkungen einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz zu verschaffen. Da es anders gekommen ist, wird stattdessen umgekehrt argumentiert, dass „manch ein Händler beim Abschied der D-Mark versucht hat, die Kunden klammheimlich abzuzocken“. <sup>24</sup> Weil unter den Konsumenten im Gefolge der Währungsumstellung tatsächlich Unsicherheit über das Preissystem herrschte, scheint eine solche

Argumentation plausibel. Andererseits sind sich die Kunden ihrer Unkenntnis des neuen Preissystems sehr bewusst gewesen: Preise werden seit dem Jahreswechsel besonders intensiv verglichen, und der Konkurrenzdruck ist entsprechend hoch.

Allerdings hat die ökonomische Theorie einen einfachen Erklärungsansatz dafür, warum die Preise vor der Umstellung aus Anbietersicht im Schnitt etwas zu niedrig waren: Der sogenannte Menükostenansatz geht davon aus, dass es für Anbieter zu teuer ist, die Preise täglich auf ihr gerade optimales Niveau zu setzen. <sup>25</sup> Dafür muss neu kalkuliert werden, Auszeichnungen sind vorzunehmen, Verkäufer und Kunden müssen sich umstellen. Deshalb werden Preise nicht sofort, sondern ab und zu und erst dann an neue Verhältnisse angepasst, wenn die erwarteten Kosten aufgrund eines weiteren Festhaltens am suboptimalen Preis die Kosten der Preisänderung zu überwiegen beginnen. Weil an jedem Tag nur ein kleiner Teil aller Anbieter an diesem Punkt angelangt ist, bewegen sich Indizes, die das Gesamtpreisniveau messen, gewöhnlich nur nach und nach.

Die Währungsumstellung verpflichtete allerdings sämtliche Anbieter, ihre Waren zur Jahreswende neu auszuzeichnen. Dabei wurden viele Preisanpassungen vorgenommen, für die ansonsten die Zeit erst später reif gewesen wäre. Es wird auch bisweilen lohnend gewesen sein, im Vorfeld auf Preisänderungen zu verzichten, um nicht zweimal kurz hintereinander die Preissetzungskosten tragen zu müssen. Die Preise wurden jedenfalls eher nach oben als nach unten gesetzt, denn Preisanpassungen folgen im Schnitt einem schwach positiven Preistrend, der als „unvermeidliche Inflation“ geldpolitisch hingenommen wird. Der gleichzeitige Vollzug dieses Trends durch alle Anbieter führte aber zum Jahreswechsel zu einem kleinen Sprung des Preisniveaus nach oben.

Die leicht positive Preisdrift des „Restindexes“ im letzten Quartal 2001 zeigt die Tabelle. Instrukтив ist auch ein Blick auf die Inflationsrate der Warengruppe *Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe* im Vorjahresvergleich. <sup>26</sup> Sie blieb

<sup>24</sup> Vgl. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 1.2.2002.

<sup>25</sup> In der modernen Makroökonomik erklärt der Menükostenansatz Preisrigiditäten und in deren Gefolge das Entstehen makroökonomischer Ungleichgewichte.

<sup>26</sup> Die Ökologische Steuerreform führte zu Jahresbeginn 2001 und 2002 zu Mineralöl- und Stromsteuererhöhungen

Tabelle:

Inflation gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung in Deutschland

	2001							2002	
	Jun.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Gesamtindex									
Veränderung zum Vorjahresmonat	3,1	2,6	2,6	2,1	2,0	1,7	1,7	2,1	1,7
Veränderung zum Vormonat, saisonbereinigt <sup>a</sup>	0,1	-0,2	0,1	0,3	0,0	-0,1	0,1	0,7	-0,1
Restindex <sup>b</sup>									
Veränderung zum Vorjahresmonat	1,4	1,3	1,3	1,4	1,5	1,4	1,4	1,6	1,5
Veränderung zum Vormonat, saisonbereinigt <sup>a</sup>	0,2	0,1	0	0,2	0,2	0	0,1	0,4	0,0

<sup>a</sup> Saisonbereinigung mit Hilfe von X 12 Arima. – <sup>b</sup> Gesamtindex ohne die Warengruppen (1) Nahrungsmittel und Alkoholfreie Getränke, (2) Alkoholische Getränke und Tabakwaren, (4) Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe, (5) Verkehr.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

im Januar mit 1,1% gegenüber 1% im Dezember praktisch konstant. Die Erklärung ist einfach: Die Euro-Umstellung machte bei den Bestandsmieten keine Neufestsetzungen im Januar erforderlich, sie wurden automatisch von Mark in Euro umgerechnet.

Der Preissprung bei Dienstleistungen war im Januar im Schnitt besonders kräftig (etwa 3,7% im Vorjahresvergleich bei *Beherbergung und Gaststättendienstleistungen*). Wieder bietet dafür der Menükostenansatz eine einfache Erklärung: Im Dienstleistungsbereich werden die Preise in der Regel nur selten geändert.<sup>27</sup> Wenn sich die Dienstleistungspreise in etwa mit der allgemeinen Inflationsrate entwickeln, müssen die einzelnen Preissprünge im Schnitt größer ausfallen. Das hat zur Jahreswende auch zu einem größeren Sprung der Dienstleistungsindizes geführt.

Die Implikationen des Menükostenansatzes für das Preissetzungsverhalten in den Monaten vor der Umstellung sind leider nicht eindeutig: Einerseits gab es Anlass, mit Preisänderungen zu warten, was für eine niedrigere Inflationsrate sprechen würde. Andererseits wurden viele Waren schon im Vorfeld der Umstellung neu in beiden Währungseinheiten ausgepreist. Ein Teil der Preissprünge konnte also schon Ende 2001 beobachtet werden. Tatsächlich zeigt die Tabelle, dass es schon im De-

zember zu einer leichten Beschleunigung der Preisdynamik gekommen ist.

### Ausblick

Mit Hilfe des Menükostenansatzes kann auch eine Prognose über den Einfluss der Euro-Umstellung auf die weitere Entwicklung des Preisniveaus abgegeben werden: Weil alle Preise erst kürzlich auf den neuesten Stand gebracht wurden, ist für die nächste Zeit mit einem besonders trägen Preisindex zu rechnen. Allerdings hat der kleine Preissprung den Konsumenten ein wenig Kaufkraft entzogen. Insoweit als die Anbieter mit den gesamtwirtschaftlichen Effekten ihres Preissetzungsverhaltens nicht gerechnet haben, werden künftige Preisänderungen darauf reagieren und im Schnitt niedriger ausfallen.<sup>28</sup> Tatsächlich zeigt die Tabelle, dass die Verbraucherpreise im Februar gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt in etwa stagniert haben. Im Laufe des Jahres wird der Preisindex auf den Zeitpfad zurückfallen, der sich ohne Euro-Umtausch eingestellt hätte. Eine andere Entwicklung wäre nur zu erwarten, falls die vorübergehende Natur des Preisanstiegs in den anstehenden Tarifverhandlungen verkannt würde. Die Preisniveaustabilität könnte über Zweitrundeneffekte höherer Löhne doch noch von der Euro-Umstellung beeinträchtigt werden.

in etwa der gleichen Höhe und spielt deshalb für den Vergleich zwischen der Jahresinflationsrate im Dezember und der im Januar keine Rolle.

<sup>27</sup> Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT, a. a. O., Seite 15. Ein Erklärung dafür könnte darin bestehen, dass die Kosten im Dienstleistungsbereich weniger stark von volatilen Rohstoffpreisen abhängen.

Axel Lindner (alr@iwh-halle.de)

<sup>28</sup> Bei vollständig rationalem Preissetzungsverhalten hätten die Anbieter schon zur Jahreswende den Umstellungseffekt antizipiert und deshalb ihre Preise im Schnitt schwächer angehoben.